



Dank an die Polizei.

Ich bin glücklich, dass die Proteste am letzten Sonntag weitgehend friedlich abgelaufen sind. Den zwei verletzten Polizei-Beamten wünsche ich, dass sie schnell wieder gesund werden. Wie schwierig solche Polizeieinsatzlagen sind, habe ich vor Ort im Tagebau Hambach beobachtet. Bei Widerstandshandlungen war einem Beamten eine Hand gebrochen, ein weiterer Beamter wurde gebissen. Ich sehe ein wichtiges Ziel des



Polizeieinsatzes erreicht, da die Demonstranten von den eingesetzten Polizeikräften vor den Großgeräten auf der ersten Sohle aufgehalten werden konnten. Ein Lahmlegen des Tagebaubetriebs, ein weiteres Eindringen in den Tagebau sowie die Besetzungen von RWE-Geräten wie Förderbändern oder Baggern konnte verhindert werden. Jetzt kommt es auf eine effiziente Strafverfolgung durch die Justiz an. Das werde ich sehr aufmerksam beobachten.

Zugang für Finanz-Heuschrecke in die Staatskanzlei NRW.

Das Kopfschütteln über die Personalpolitik von CDU-Ministerpräsident Laschet reißt nicht ab. Nachdem beim Medienminister auffiel, dass er selber bedeutende Medienbeteiligungen hat und nachdem man sich wunderte, dass im Landwirtschaftsministerium Gutachten zur Entlastung des Hofes der Ministerin entstanden, folgt nun das nächste Ding:

Der ehemalige CDU-Bundespolitiker Friedrich Mertz soll einen Job in der NRW-Staatskanzlei bekommen und „ehrenamtlicher“ Brexit-Beauftragter werden. Pikanterweise ist Mertz seit 2016 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers der US-Vermögensverwaltung Blackrock.

Damit erhält ein Top-Lobbyist einer US-Finanz-Heuschrecke exklusiven Zugang in die Regierungszentrale von NRW. Da es in den kommenden Monaten bei den Brexit Verhandlungen ganz sicher auch um den zukünftigen Umgang mit den britischen Steueroasen gehen wird, ist der Blackrock-

Interessenvertreter ganz sicher nicht der geeignete Ansprechpartner für die Unternehmen in unserem Land.

Es wurde angekündigt, dass die Landeskasse für Herrn Mertz künftig Reisekosten übernehmen soll. Der CDU-Mann besitzt einen Pilotenschein und fliegt seine Kleinmaschine häufig selber, um zu Geschäftsterminen zu reisen.



Dass die Berufung von Finanz-Lobbyist Mertz ausgerechnet in die Woche fällt, in der die „Paradise Paper“ über die fragwürdigen Machenschaften der Branche aufklären, zeigt wie wenig Fingerspitzengefühl Herr Laschet in seiner Personalpolitik hat.

Auf Nachfrage von Journalisten verteidigt er seinen Heuschrecken-Lobbyisten und erklärt: „Oberamtsräte lösen keine Probleme“. Auch das offenbart den wahren Blick, den er offenbar auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seiner Landesverwaltung hat. Ich finde das erschreckend und peinlich.